Aus dem Inhalt:
Man hätte früher auf Clemens hören sollen — Seite 4
Mit Carter gegen den Baum? — Seite 5
Eine Halde geht auf Wanderschaft — Seite 8

UZ
Unsere Zeit
Zeitung der DKP
notizen
Nr. 5
7. Juni 1980
aus Bottrop und Kirchhellen

Noch kann unsere Olympiamannschaft nachmelden

Die Sportler wollen zur Olympiade!

Boykott kam mit faulen Tricks zustande

Noch hält das Internationale Olympische Komitee (IOC) die Türen zu den Olympischen Spielen nach Moskau offen. Noch hoffen unsere Sportler, daß sie doch an den Start gehen können, und daß der Boykottbeschluß des NOK aufgehoben wird.

Mindestens 85 Länder werden offizielle Mannschaften nach Moskau entsenden. Das IOC und das Organisationskomitee in Moskau haben erklärt, daß noch Nachmeldungen möglich sind. Dies ist die große Chance für die Olympiakandidaten unseres Landes.

Inzwischen steht fest, daß der unter massivem Druck von Regierung und Bundespräsident mit Mehrheit beschlossene Boykott unter falschen Voraussetzungen zustande kam!

● Wir würden uns isolieren durch die Teilnahme, weil die anderen Westeuropäer nicht teilnehmen, sagten die Boykottbefürworter. Tatsache ist, daß die Bundesrepublik als einziges EG-Land dem einsamen Boykottbeschluß Carters folgte.

● Solange die Russen in Afghanistan stehen, dürften unsere Sportler nicht zu den Spielen nach Moskau, sagen die Boykottbefürworter. Entweder haben sie Tomaten auf den Augen oder sie sind schwerhörig, denn Breshnew persönlich hat Ende Mai erklärt, daß der Abzug der Truppen anlaufen kann, sobald die Nachbarn Afghanistans und die USA ihre Einmischungsversuche beenden.

US-Präsident Carter griff dieses klare Angebot auf seine Art auf. Er schlug diese Chance in den Wind. Und am 30. Mai gab ein hoher Beamter des US-Außenministeriums zu, daß die von Pakistan aus operierenden „Rebellen" von den USA „auf jede mögliche Art unterstützt" werden.

Und für eine so abenteuerliche Politik sollen unsere Sportler um die Früchte ihrer Trainingsmühen gebracht werden?

Ein Ständchen für Clemens

Clemens Kralenhorst wurde 75 Jahre alt. Das Jubiläum war für viele Bürger unserer Stadt und des Reviers Anlaß, ihm einen ganz persönlichen Glückwunsch auszusprechen. Unter den Gratulanten viele alte Freunde und Mitkämpfer von Clemens, aus DKP und VVN, SDAJ und Junge Pioniere, die politischen Repräsentanten der Stadt mit dem Oberbürgermeister an der Spitze; unter den Gratulanten aber auch namhafte Künstler. Unsere Bilder auf dieser Seite zeigen: Freunde und politische Gegner zollten Clemens Lob oder zumindest Anerkennung für seinen Lebensweg als Kumpel, Kämpfer und Kommunist. Und die zahlreichen Gäste zeigen die Volksverbundenheit dieses Mannes und seiner Partei — der DKP.

Siehe Seite 3/4

Der Sommer kommt

Bier wird teurer

„Durst wird durch Bier erst schön", steht auf den Werbeplakaten der Brauereien. Pünktlich mit dem Näherrücken der Sommer- und Ferienzeit erhöhen die Großbrauereien die Bierpreise zwischen sechs bis zehn Prozent. Wenn alle an der Preisschraube drehen, wollen sie auch höhere Profite machen mit unserem Durst.

Das Allerletzte

Ein Sarg, künstliche Gebisse und ein Maultier gehören zu den über 5300 Fundsachen, die im vergangenen Jahr bei den Behörden der spanischen Provinzstadt Valencia registriert wurden.

Hurra! Bald beginnen die Ferien!

Schon tummeln sich die mutigen Wasserratten in den Freibädern. Nicht mehr lange, und die großen Sommerferien beginnen. Dann wird im Stenkhoffbad und im Revierpark Vonderort wieder „volles Haus" sein.

Angst vor Forderung der DKP?

Ein recht heftiges Echo hatte ein Artikel der letzten Notizen über Gefährdung von Fußgängern auf zwei viel zu schmalen Brücken an der Batenbrockstraße. Die SPD behauptete in ihrer Wahlkampfzeitung, daß sich die DKP-Initiative nur an eine Forderung des Elternrates eines nahen Kindergartens angehängt habe. Man „vergaß" natürlich zu schreiben, daß ein DKP-Antrag, der die Entschärfung der gefährlichen Lage vorsah, vor Jahren schon von SPD und CDU abgelehnt worden war. Auf „Drängen" der SPD soll aber nun ein neues Geländer angebracht worden sein. Glaubt man bei der SPD etwa, daß Brücken durch neue Geländer breiter werden?

Bleibt nun alles beim alten?

Von Franz Melchsner

Die CDU hat bei den Landtagswahlen eine schwere Schlappe erlitten. Wir begrüßen diese politische Ohrfeige der Wähler, denn sie wird allerorts als Absage an die Scharfmachertöne und den ultrarechten Kurs des F. J. Strauß bewertet.

Die SPD kann sich aus doppeltem Grunde über ihren Sieg nicht so recht freuen: Die Wähler haben aus Sorge vor einer Verschärfung der weltpolitischen Krise SPD gewählt, weil der Kanzler eine Weiterführung der Entspannung versprochen hatte. Aber die hängt nicht nur von einer Anti-Strauß-Wahl ab. Die SPD/FDP-Regierung in Bonn hat selbst viel Öl ins Feuer der Entspannungsfeinde geschüttet. Sie hat die Lüge von der „Vorrüstung" der UdSSR gezielt benutzt, um die Raketenaufrüstung der NATO zu betreiben.

Die Regierung hat zusätzliche Rüstungsausgaben und Militärhilfen für die halbfaschistischen Regimes in Pakistan und Türkei bewilligt. Die Regierung war schließlich Einpeitscher des Olympiaboykotts, der nicht nur den internationalen Sportverkehr schwer belastet, sondern auch zur Isolierung der Sportler unseres Landes geführt hat. Diese am Zügel Carters hängende Politik steht im krassen Gegensatz zu den Friedens- und Entspannungstönen.

Die SPD muß nun Farbe bekennen, ob sie entsprechend dem Wählerauftrag handeln will, oder nur Wählertäuschung vorgeführt hat.

Ich fürchte, mit dieser Wahl hat sich kaum was geändert. Ohne Kampfbereitschaft der Arbeiter, ohne Einsatz von Bürgerinitiativen wird nichts anders.

Die DKP hat Stimmen verloren. Das ist bedauerlich. Denn jede Stimme für die DKP hat großes Gewicht, ist Appell gegen Sozialabbau, für soziale und demokratische Reformen, für aktive Entspannungspolitik. Daher gilt auch künftig: Wer eine Politik für die Arbeiter will, sollte die DKP stärker machen. Je stärker die DKP, um so weniger können CDU und auch SPD ihren Kurs nach rechts steuern!

Eine ganze Straße ist über die RAG empört

Fischedickstraße: Abrißultimatum scheiterte

Gemeinsam gingen sie zum Bauamt der Stadt: Fast alle Anwohner der Fischedickstraße. Der einheitliche Protest zeigte erste Wirkung: Der Abrißtermin für sämtliche Hausgärten, Lauben und Tierstallungen, die die Bewohner in eigener Initiative gebaut haben, steht nicht mehr.

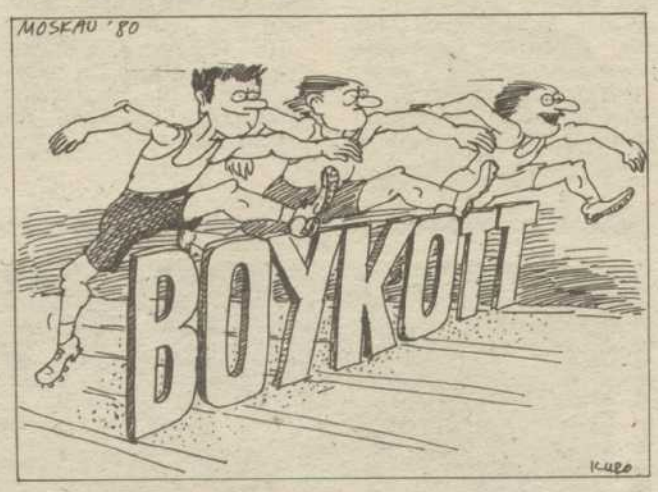
Was seit Jahrzehnten in aufopfernder Kleinarbeit gewachsen ist, soll jetzt entfernt werden. So in einem Schreiben der Ruhrkohle vom 10. Mai 1980: „...setzen wir Ihnen eine Frist bis 15. 6., die beanstandeten Objekte zu entfernen oder eine Baugenehmigung beizubringen." Die Leute sind empört!

Die Fischedickstraße, gelegen an der Grenze zwischen Eigen und Boverheide, ist eine Koloniestraße, wie es in Bottrop viele gibt. Die Anwohner der ehemaligen Hiberniasiedlungshäuser haben das Beste aus ihrem Wohnumfeld gemacht, was ihnen, oft unter hohem Kostenaufwand, aus eigener Kraft möglich war. Und das sieht man dann auch: Die Gärten sind in der Regel parkähnlich angelegt, teilweise bestückt mit Lauben, Vogelvolieren, Taubenställen und Grillplätzen.

Diese Hausgartenidylle soll weg! Nach ihrem Protest beim Bauamt wird mit den Anwohnern eine Ortsbegehung anberaumt und Stadt, Ruhrkohle und Gewerkschaft IGBE schalten sich ein. Erstes Versprechen: Vorerst bleibt es wie es ist. Die Abrißverordnung wird zwar für Rechtens erklärt, soll aber nicht durchgesetzt werden. Fürs erste konnte der Zugriff der Bagger auf die Hausgärten verhindert werden, doch der nächste Vorstoß in Richtung Gärten Fischedickstraße liegt sicher schon in irgendeiner Schublade parat.

Auffallend in diesem Zusammenhang ist das allerorts zu beobachtende Aufreißen von Siedlungsstruktur, besonders in der Zechenkolonie Rheinbaben. Während auf der Fischedickstraße angeblich die Gartenbauten der Kumpel stören, nimmt niemand zur Kenntnis, wie aus dem Ruhrkohleterritorium Trappen-Fuchs-Ernst-Ender-Straße eine Mondlandschaft wird, nach dem Abriß bergbaugeschädigter Häuser.

Mitten im Eigen glaubt man sich im Wilden Westen. Verlassen und ungepflegt sind ganze Gebiete. Ähnlich der Anblick an der Gladbecker / Sarterstraße. Die Siedlungshäuser wurden weggerissen, aber von den Verantwortlichen fühlt sich niemand gestört durch den Abriß der gewachsenen Koloniestruktur. Der Eigen muß bleiben, ist deshalb nicht nur eine lobenswerte, sondern eine notwendige Forderung für alle.



Notizen aus dem Rat

Die Bezirksvertretung Mitte hat den Antrag der DKP, die Holtfortstraße als Spielstraße zu erklären und für den Durchgangsverkehr zu sperren, abgelehnt.

*

Auf Initiative der Behindertenverbände trägt sich der Rat mit der Absicht, auch in Bottrop einen Behindertenbeirat zu bilden. Über Zusammensetzung und Aufgaben dieses Beirats gibt es noch unterschiedliche Meinungen.

*

Der Oberbürgermeister hat den ausgeschiedenen Ratsmitgliedern zum Abschied ein Abendessen im Overbeckshof und zwei Bücher (Memoiren von Kissinger und Carlo Schmid) gestiftet. Ein Spötter meinte, diese Kost sei für einige wohl unverdaulich.

*

Ratsherr Gerlach (SPD), ehemals Leiter des Liegenschaftsamtes, betreibt ein neues Hobby. Nachdem er sich vergeblich darum bemühte, den Herrn Bock zum Studiendirektor am „Vestischen" zu befördern, versucht er jetzt, einen befreundeten Angestellten in eine Besoldungsgruppe nach BAT III zu bringen, die diesem gar nicht zusteht. Ob die Verwaltung da mitmacht?

*

Anläßlich des 80. Geburtstages von VfB Bottrop hat die DKP-Fraktion der neugegründeten Gymnastikabteilung eine Spende in Form von Gymnastikgeräten übergeben.

*

Im Rat kursiert der Entwurf eines Jugendfreizeitstättenplanes. Er stellt den Bedarf an Freizeitstätten in allen Stadtbezirken fest. Die DKP bemängelt hier jedoch den Zeitplan, der keinen verbindlichen Stufenplan für alle vorgesehenen Objekte enthält.

Mehr Leistung fürs gleiche Geld

Putzfrauen sollen noch mehr ran ...

Mit den verschiedensten Manövern versuchen die kommunalen Arbeitgeber seit einigen Jahren, Einsparungen auf dem Rücken der Kolleginnen und Kollegen durchzusetzen. Als Begründung wird immer die schlechte Haushaltslage genannt — allerdings scheint diese Haushaltslage die Stadtverwaltungen nicht zu hindern, den Wasserkopf in der Verwaltungsspitze auszubauen, hier wird kräftig befördert, während die unteren Gehaltsgruppen „Opfer bringen" sollen.

An erster Stelle bei diesen Einsparungen stehen auch in Bottrop die Reinigungskräfte. Betroffen sind die 450 Raumpflegerinnen in den öffentlichen Einrichtungen, besonders den Schulen.

Die Verwaltung sprach von Rationalisierung, Erhöhung der Reinigungsflächen, Einsparung von Personalkosten. Und hinter vorgehaltener Hand wurde dem Personalrat mit der Privatisierung gedroht. Unter diesem Druck mußte der Personalrat für die Kolleginnen verhandeln. Zwar konnte eine Erhöhung der Reinigungsflächen nach den Wünschen der Stadtverwaltung um 20 Prozent verhindert werden, aber es kommt nun auf die Frauen doch eine Erhöhung um rund 10 Prozent zu.

Das heißt, rund 50 Stellen werden bald eingespart. Man spricht davon, daß die neuen Richtwerte ab August angewandt werden. Wird dann die Arbeit zu schwer für die Frauen, besonders für die älteren?

Auf jeden Fall wird die Einsparung auf Kosten der Sauberkeit in Ämtern, Schulen, Kindergärten gehen.

Mauschelei um Schulbücher

Die Arbeitsgemeinschaft Bottroper Buchhändler fiel beim Bundeskartellamt auf. Der Grund: Die Arbeitsgemeinschaft verweigert zwei weiteren Interessenten die Aufnahme. Da die Stadt bisher die Schulbuchbestellungen nur mit der Arbeitsgemeinschaft abgeschlossen hat, wollen Erlenkämper, Postberg und Co. sich ihr lukratives Geschäft wohl nicht mehr mit weiteren Händlern teilen.

Dies hält allerdings das Bundeskartellamt für rechtswidrig und hat der Arbeitsgemeinschaft Bottroper Buchhändler ein Bußgeld angedroht.

Obwohl dieser Sachverhalt bei der Vergabe der Schulbuchbestellungen für 1980/81 bekannt war, bestellte die Stadtverwaltung, auf Beschluß von SPD und CDU — gegen die DKP, wiederum nur bei der Arbeitsgemeinschaft.

Herausgeber für den Kreisvorstand der DKP Bottrop/Gladbeck und die DKP-Fraktion des Rates der Stadt Bottrop: Heinz Czymek.
Verantwortlich für den Inhalt: Franz Melchsner.
Druck: Plambeck & Co Neuss.

Gratulanten: Hermann Gautier, stellvertretender Vorsitzender der DKP . . .

. . . Oberbürgermeister Wilczok (SPD), Bürgermeister Degen (links).

75 Jahre Clemens K. — ein echtes Volksfest

Kumpel, Künstler, prominente Gäste

Clemens Kraienhorst wurde 75! Und so eine Geburtstagsfeier wie das „Ständchen für Clemens" in der Weiheimer Schule hat Bottrop noch nicht erlebt. Kollegen vom Pütt, Nachbarn, Freunde und Genossen aus seiner Heimatstadt waren gekommen, um dem Mann, der so lange Jahre als Betriebsratsvorsitzender auf Rheinbaben und als Mitglied des Stadtrates die Interessen der Arbeiter vertrat, die Hand zu drücken. Dabei war politische Prominenz wie der stellvertretende DKP-Vorsitzende Hermann Gautier, Oberbürgermeister Ernst Wilczok, Bürgermeister Degen und weitere bekannte Namen aus dem Rat der Stadt.

Las die „Bottroper Protokolle" — Erika Runge.

„Der Kryptokommunist" — von Dieter Süverkrüp.

„Auf, auf zum Kampf . . ." — Walter Kurowski

„Keiner, keiner schiebt uns weg . . ." — Fasia

„Auf zum Kampf — durch Nacht zum Licht" — Werner Worschech

„Im Geburtsjahr 1905 . . ." — Artur K. Führer

Türkische Gratulanten

Kinderfest — Geburtstagsständchen am Nachmittag

Wenn Clemens einlädt — kommen alle

Unterschriften gegen die Berufsverbote

Clemens Kraienhorst: Nach 75 Jahren ein Symbol

Kumpel, Kämpfer, Kommunist

Wenn es nach seinem Lehrer gegangen wäre, hätte Clemens Kraienhorst mit 14 Jahren die Klosterschule besucht. Seiner Talente wegen sollte er Pfarrer werden. „Aber ich hab' erklärt: Wenn ich zu denen gehe, kann ich ja später mal nicht heiraten ..." Also ging er zum Pütt, wurde Bergmann, Gewerkschafter und Kommunist und setzte dort seine Talente für die Kollegen ein. Clemens wurde am Pfingstsonntag 75 Jahre alt. Über einige Stationen „seiner Karriere" wollen wir hier berichten.

Als erstes von acht Kindern wurde Clemens in Bottrop geboren. Nachdem er sich gegen die Klosterschule entschieden hatte, begann er seine Bergmannslaufbahn auf der Zeche „Rheinbaben". Dort blieb er — unterbrochen von KZ-Haft und Krieg — bis er 1961 unter Adenauer auf spektakuläre Weise fristlos entlassen wurde.

Mit 17 Jahren trat er in den Kommunistischen Jugendverband und 1929 in die KPD ein. 1933 übernahm er die Leitung der illegalen KPD in Bottrop. Noch im selben Jahr brachten ihn die Nazis ins KZ Esterwegen. Erst drei Jahre später konnte er wieder auf „Rheinbaben" einfahren.

Nach der Befreiung vom Faschismus gehörte Clemens zu den Mitbegründern der Einheitsgewerkschaft. 1946 wurde er auf „Rheinbaben" zum Betriebsratsvorsitzenden gewählt, das blieb er bis zu seiner Entlassung. Ein halbes Jahr später wurde er Vorsitzender des Gesamtbetriebsrates der Hibernia AG. Eine Episode aus der Zeit der Währungsreform 1948 ist für seine Haltung typisch:

Die Verwaltung verzögerte die Lohnauszahlung mit der Begründung, es sei nicht genügend Geld in der neuen Währung da. Clemens berief eine Belegschaftsversammlung ein. Die Kumpel protestierten: „Wir fahren nicht ein, bis wir unser Geld kriegen!" Er sagte zum Direktor: „Also müssen wir abstimmen lassen." Der Direktor: „Die heben alle die Hand, ohne Überlegung." Kraienhorst: „Wollen wir mal sehen." Ergebnis: Alle weigern sich einzufahren. Bald darauf ruft der Direktor Clemens an: „Wir müssen zusehen, daß wir die Leute wieder an die Arbeit kriegen." Clemens: „Ja, wir müssen sehen, daß die Leute Geld kriegen." Kurz darauf erhält er Bescheid: Die Direktion zahlt ...

Nicht nur auf dem Pütt erwies Clemens sich als unerschrockener und konsequenter Vertreter seiner Kollegen, er war das auch in der IG Bergbau und Energie.

Wie im Pütt, trat er auch als Abgeordneter im Bottroper Rat seit 1948 sowie als Landtagsabgeordneter in den 50er Jahren für seine Kumpel ein.

1961, auf dem Höhepunkt des kalten Krieges, wurde der unbequeme Kraienhorst, aufgrund einer Anfrage von 15 CDU-Abgeordneten im Bundestag, fristlos aus dem Betrieb geworfen, obendrein wurde ihm ein politischer Prozeß gemacht.

Clemens ließ sich nicht unterkriegen. Auch in den schwierigsten Zeiten blieb er seiner Gesinnung treu. Er war Mitbegründer der DKP. Sorgte mit dafür, daß die DKP-Fraktion im Rat stärker wurde. Seit 1975 vereidigte er als Alterspräsident alle Oberbürgermeister auf die Verfassung. Er bekam die Stadtplakette für „besondere Verdienste" beim Aufbau der Stadt.

Clemens Kraienhorst darf heute sowohl bei Arbeitern als auch bei anderen Bevölkerungsgruppen auf Sympathie oder wohlwollenden Respekt für seine jahrzehntelange Leistung rechnen.

Am Rand miterlebt

OB Wilczok gratulierte in seiner Ansprache in der Weiheimer Schule seinem „politischen Gegner" Clemens Kraienhorst. Dem Mann, der ihm den Amtseid auf das Grundgesetz abnahm. Mit DKP-Vertretern im Rat sei es schwieriger meinte er, und zollte so der Mannschaft um Kraienhorst und Czymek seinen Respekt. Immerhin mußte der OB, der bei den letzten Wahlen mit dem Ziel angetreten war, die DKP aus dem Rat zu drängen, zugeben: Clemens Kraienhorst hat sich um das Volk verdient gemacht.

*

Sozialdemokratische und kommunistische Arbeiter sind keine Gegner. Gerade Clemens Kraienhorst hat vorgelebt, daß die Arbeiter was erreichen können, wenn sie zusammenhalten, — so konterte der stellvertretende DKP-Vorsitzende Hermann Gautier das Wort vom „politischen Gegner".

*

Ein schönes Ständchen brachte der Männergesangverein Rheinbaben.

Und er verabschiedete sich mit den Worten: „Möge es der Himmel geben, daß wir uns zu deinem 80. Geburtstag gesund wiedersehen ...".

„Man hätte schon früher auf Clemens hören sollen ..."

Vorkämpfer für eine kluge nationale Kohlepolitik

Alle Parteien sprechen heute vom „Vorrang für die Kohle". Vor wenigen Jahren sah das noch anders aus, da wurden die Kommunisten eben wegen dieser Forderung verspottet oder bekämpft. Clemens Kraienhorst kann ein Lied davon singen. Wären seine Vorschläge und Mahnungen zur Kohlepolitik aufgegriffen worden, hätten die Bergarbeiter und das ganze Volk erheblichen Nutzen gehabt.

Nach 1945 bemühte sich Clemens Kraienhorst wie viele Arbeiter und Gewerkschafter darum, die Kohleindustrie, die Hitlers Machtantritt finanziert hatte, zu entmachten. Der Landtag von NRW beschloß ein Gesetz zur Verstaatlichung des Bergbaus. Die IG Bergbau forderte viele Jahre: „Was des Volkes Hände schaffen, soll des Volkes eigen sein!" Clemens heute: „Was wäre den arbeitenden Menschen unseres Landes erspart geblieben, wenn diese Forderung verwirklicht worden wäre."

Mitte der 50er Jahre ist zu erkennen, daß die Kohlepolitik des Bundes den Bergbau krank und die Ölkonzerne mächtig macht. Es wachsen die Halden, Feierschichten werden häufiger, Zechenstillegungen stehen auf der Tagesordnung. Dagegen kämpft Kraienhorst mit seinen Genossen. Auch der IG Bergbau wurde er unbequem, sie schloß ihn 1959 wegen „überspitzter Forderungen" aus.

Als Betriebsrat und später als Ratsherr forderte Kraienhorst z. B. 1966 in einem Brief an den Landtag: „Mit der Forderung nach einer gesicherten Zukunft und Erhaltung des Steinkohlenbergbaus vertreten die Bergarbeiter keine Zunftinteressen, sondern ein nationales Anliegen im Interesse unserer ganzen Wirtschaft, die nicht von ausländischen Energieträgern abhängig werden darf. Die gegenwärtige Politik ist für die Zukunft eine unsichere und teure Politik ... Ich appelliere an den Landtag, der weiteren Zerstörung der heimischen Energiebasis Einhalt zu gebieten und unseren Steinkohlenreichtum zum Nutzen der Bevölkerung zu verwerten."

Kraienhorst forderte schon damals: Bau von Kohlekraftwerken, Verbot von Zechenschließungen, Abschaffung der Stillegungsprämien, Herabsetzung des Rentenalters und der Arbeitszeit.

Diese Fakten weisen Kraienhorst und die Kommunisten als kluge und weitsichtige Politiker aus, auf die man schon damals hätte hören sollen.

Mit Mr. Carter gegen den Baum fahren?

Rotstift bei Krebshilfe und Umweltschutz

Helmut Schmidt eröffnet die Kabinettssitzung, als es einen Kurzschluß gibt. Aus dem Dunkeln ertönt die Stimme des Kanzlers: „Was hat der Carter denn nun schon wieder angestellt?"

Dieser Witz, den man sich zur Zeit in Bonn erzählt, trifft recht gut die Stimmung in der Bundeshauptstadt. Man ist verunsichert und nervös durch die unberechenbaren und gefährlichen Bocksprünge des US-Präsidenten. Und man ist mit der „Solidarität" mit Carter einige Male schmerzhaft auf die eigene Nase gefallen:

■ Kaum hatten die EG-Außenminister nach massivem Drängen aus Washington und Bonn Sanktionen gegen den Iran beschlossen, da stiegen Großbritannien und Frankreich schon wieder aus. Nur Bonn hatte sie in Kraft gesetzt und damit Arbeitsplätze im eigenen Land gefährdet.

■ Regierung und Bundespräsident drängten darauf, daß sich unser NOK dem Boykottbefehl Carters gegen die Olympischen Spiele in Moskau unterwirft. „Damit wir in Europa nicht alleinstehen." Nun stehen unsere Sportler im Abseits. Als einziges EG-Land ließ sich die BRD ins Boykottfahrwasser drängen.

■ Helmut Schmidt hat monatelang überlegt, ob Mr. Carter böse gucken und F. J. Strauß motzen würde, wenn der Kanzler nach Moskau fährt. Frankreichs Staatschef Giscard traf sich in Warschau mit Breshnew. Und er hat recht, wenn er die Rüffel aus Washington kühl mit der Bemerkung kontert, daß man gerade in spannungsreichen Zeiten mit dem Osten reden muß und daß Frankreichs Außenpolitik in Paris und nicht in Washington gemacht wird.

Und hier ist ein offenes und kritisches Wort angebracht: Es genügt nicht, wenn sich der Kanzler auf Wahlversammlungen öffentlich um den Frieden sorgt und zur Mäßigung mahnt, solange man in Bonn Wünsche aus Washington über die eigenen Interessen stellt.

Es ist richtig, mit Honekker und Breshnew und mit den anderen sozialistischen Ländern zu sprechen, wie es mit der Entspannung weitergehen soll. Aber die Früchte der Entspannung bringt man in Bonn selbst in Gefahr, wenn man zu den konkreten Abrüstungs- und Verhandlungsvorschlägen der Warschauer-Pakt-Staaten schweigt, zugleich aber den Rüstungsetat aufstockt und Marineeinheiten an der Seite der US-Flotte in das Krisengebiet im Indischen Ozean auslaufen.

Der Kurs stimmt eben nicht, solange Minister Apel bei der Rüstung einen kräftigen Nachschlag nach dem anderen kassiert, während man ausgerechnet bei der Krebsbekämpfung, beim Umweltschutz, bei der Sportförderung und bei Programmen für bessere Luft im Ruhrgebiet den Rotstift ansetzt.

Darüber würde offen in Bonn gesprochen, wenn im Bundestag — wie im Rat der Stadt — DKP-Vertreter arbeiten würden. Mit DKP-Abgeordneten ließen sich die Forderungen der arbeitenden Menschen nicht vom Tisch wischen.

Wir fühlen uns verschaukelt

„Nach wie vor kommen in der Bundesrepublik Wünsche und Anregungen, doch noch etwas zu unternehmen, um eine Teilnahme an den Spielen in Moskau für die Sportler der Bundesrepublik möglich zu machen." Das sagte der Pressesprecher des Nationalen Olympischen Komitees vor wenigen Tagen. Ulrich Papst sagt: „Man fühlt sich jetzt zwischen den Stühlen, und die Sportler der Bundesrepublik fühlen sich verschaukelt."

Der Segler **Joachim Oetken**, der sich schon für Moskau qualifiziert hatte, lehnte einen Olympiaboykott mit den Worten ab: „Weil ich nicht zur Wahlkampf-Marionette für Jimmy Carter werden will."

Sehr schnell hat sich übrigens bestätigt, daß der von der Bundesregierung durchgedrückte Olympiaboykott nicht nur unsere Sportler trifft: ARD und ZDF wollen ihre Berichterstattung auf „Sparflamme" schalten. Und wenn dieser Plan nicht durch Proteste vereitelt wird, dann werden wir während der Olympischen Spiele wahrscheinlich stundenlange Tennisturniere auf der Mattscheibe erleben, während die sportlichen Höhepunkte von Moskau nur im Telegrammstil nach der Tagesschau ausgestrahlt werden.

Dazu sagt der Bottroper Bergmann Helmut W.: „Ich hatte mir extra Urlaub genommen, um möglichst viel sehen zu können. Wenn ich jetzt wissen will, was in Moskau los ist, dann muß ich zu meinem Bruder nach Hameln fahren. Der kann das DDR-Fernsehprogramm empfangen und erlebt Moskau live am Bildschirm mit. Ist das nicht verrückt?"

Übrigens: Die Ausrede der Fernseh-Macher, wegen der geringen Teilnahme lohne sich eine Berichterstattung nicht, ist Quatsch! 1976 in Montreal nahmen 88 NOKs teil, in Moskau bis jetzt 85.

Trick 17

Kurz vor Beginn der Ferienzeit hat sich ein Herr Schram zu Wort gemeldet. Kennen Sie Herrn Schram? Natürlich nicht, den kennt kein normaler Sterblicher. In den Vorstandsetagen der großen Mineralölkonzerne kennt man ihn gut.

Herr Schram hat eine „Vermutung". Er ahnt, daß die Benzinpreise „in allernächster Zeit erneut anheben werden". Als wären Benzinpreise Reisetauben, die von selbst in die Höhe fliegen. Hinter der Vermutung des Vorstandsvorsitzenden der Texaco steckt was ganz anderes: kalte Berechnung.

In wenigen Wochen werden viele Bürger auf die Urlaubsreise gehen. Dieses Mal soll offenbar Texaco den Vorreiter machen. Dann folgen Aral, Shell, Esso und alle anderen. Preisfrage: Wie lange sehen die Regierenden in Bonn diesen Raubrittermethoden noch tatenlos zu?

Heißes Thema: Militärische Schauspiele und Bremer Krawalle

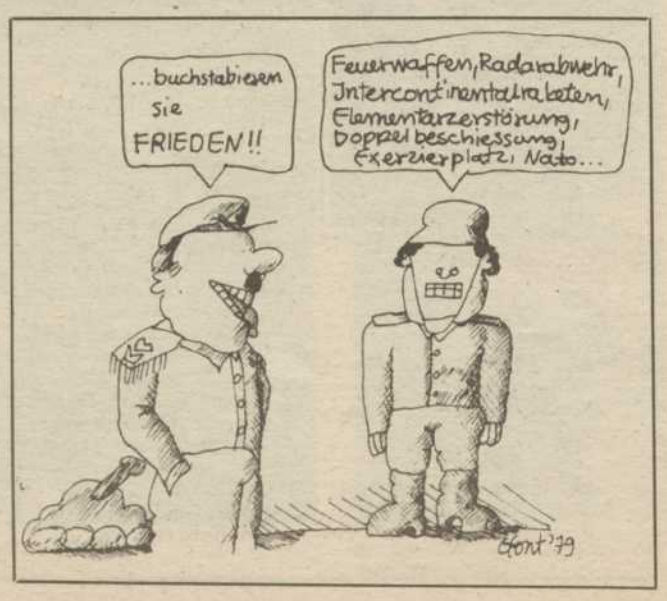
Wenn die Steineschmeißer und Brandstifter von Bremen von den dafür zuständigen Stellen angeheuert worden wären, hätten sie ihre Aufgabe nicht besser erfüllen können. Ihr krimineller Auftritt bot willkommenen Anlaß zu einer Hetzkampagne, die jeden zum Staatsfeind erklärt, der für die Erhaltung des Friedens andere Mittel als die NATO für sinnvoll hält.

Wer hat in Bremen demonstriert? Und wogegen? Da sollte der 25. Jahrestag der NATO-Mitgliedschaft mit großem militärischen Brimborium wie ein Nationalfeiertag begangen werden, während an den 35. Jahrestag der Beseitigung des Naziregimes nicht mit einem offiziellen Wort erinnert wurde. Wenn nicht Empörung, so blieb doch bei vielen ein fader Nachgeschmack zurück, daß man heute bei uns schon wieder soweit ist, den Tag der Wiederbewaffnung zu feiern und sogar Wahlkampf mit der Kriegsangst des einfachen Bürgers zu betreiben.

Angesichts dieser Tatsache forderten Mitglieder der SPD und DKP, viele Studentenvertretungen, Jugendverbände und sogar Hunderte von Pastoren zu einer friedlichen Gegendemonstration auf, der 15 000 Bürger aus Bremen und Umgebung folgten.

Daß so viele Menschen nicht bereit waren, die Wiederbelebung des Militärgeistes als Beitrag zur nationalen Sicherheit zu akzeptieren, kam für viele etablierte Politiker überraschend. Zwar boten die 300 tobenden Chaoten ihnen die Möglichkeit vom politischen Inhalt des Protestes abzulenken — dennoch sind sie tief beunruhigt.

Denn nicht nur in Bremen wächst die Furcht, daß uns der unberechenbare Carter in gefährliche Abenteuer hineinreißen könnte. Viele fragen sich, ob in einer Zeit zunehmender politischer Spannungen militärische Schauspiele, wie sie zur Zeit verstärkt vom Verteidigungsministerium veranstaltet werden, der richtige Beitrag zur Entspannung sind.



Kronzeuge gegen CSU-Lügen

Das Buch zur aktuellen Diskussion

Richard Scheringer
Das große Los
(Bd. 53, 424 Seiten, DM 9,80)

„Sozialismus gleich Nationalsozialismus" meint Franz Josef Strauß. Die demagogische Lüge soll von der faschistischen Vergangenheit des deutschen Großkapitals ablenken und den blindwütigen Antikommunismus anheizen. Man will die Gehirne der Bundesbürger wieder so vernebeln, daß sie zu Aufrüstung, kaltem Krieg und Sozialabbau ja sagen.

Das treffendste Argument gegen Geschichtsfälschung ist die Darstellung der Wirklichkeit: Richard Scheringer, der heute 75jährige Kommunist, der 1931 als „Leutnant von Ulm" Schlagzeilen machte, der 21mal im Gefängnis saß, hat seine Erinnerungen aufgeschrieben. Scheringers Weg beginnt in der Familie eines Stabsoffiziers des kaiserlichen Heeres, er führt in die „Schwarze Reichswehr". Im Ulmer Reichswehrprozeß wegen Vorbereitung zum Hochverrat verurteilt, lernt der nationalrevolutionäre Rebell in der Haft Kommunisten kennen. Er durchschaut den Betrug der Naziführer und schließt sich dem Kampf der KPD gegen den drohenden Faschismus an. Wie durch ein Wunder überlebt er Nazizeit und Krieg. Danach tritt er, sofort wieder politisch tätig, ob als Abgeordneter der verfassunggebenden Bayerischen Landesversammlung auf Schloß Herrenchiemsee oder als Redner in Dorfwirtshäusern stets für den Aufbau eines besseren Deutschlands ein. 1956 muß Richard Scheringer erneut ins Gefängnis. 1968 stellt er sich der DKP zur Verfügung.

Sein Buch enthält mehr als zeitgeschichtlich interessante Memoiren, es ist ein Beweis für die Verlogenheit der Thesen von Strauß + Co und deshalb gerade jetzt wichtig für die aktuelle Diskussion. „Was Strauß über den Marxismus sagt, klingt nicht anders als bei Hitler" meint Richard Scheringer, und er präzisiert: „Natürlich darf man Strauß nicht mit Hitler gleichsetzen. Es gibt keine Analogien in der Geschichte. Aber was sich wiederholt, und zwar in diesem Fall gefährlich wiederholt, das ist die Methode. Hier wie dort geht es um die bewußtseinsverwirrende Anwendung dessen, was man unter Demagogie versteht. Sie dient dazu, Menschenmassen zu täuschen, durch Entstellung der historischen Wahrheit und bewußt falsche Behauptungen, mit dem konkreten Ziel, das Massenbewußtsein in eine politisch falsche Richtung zu lenken."

BUCH DES TAGES

-Toll, was?

Fritz Noll/Rutger Booß (Hrsg.): Geschichte in Geschichten
Weltkreis-Verlag
360 S. (kart.) 14,80 Mark

in jeder Buchhandlung erhältlich!

Bei nachlassendem Geschichtsunterricht an den Schulen verdienen diejenigen besondere Beachtung, die die entstandene Lücke zu füllen trachten. Hier stellen sich eine Reihe von Autoren vor von Chotjewitz bis Kroetz. Sie haben zum Teil spannende Berichte über die Jahre nach 1945 geschrieben, überwiegend geprägt durch eigenes Erleben. Alles schön zubereitet für Jugendliche. Nur mit der deutschen Nachkriegsgeschichte hat das wenig zu tun. Darum wählten sie auch den irreführenden Titel „Geschichte in Geschichten". Der 17. Juni 1953 beispielsweise. Organisiert von „Typen": 1. ehemalige NSDAP-Angehörige, 2. ehemalige Berufssoldaten, die den verlorenen Krieg noch gewinnen wollen. 3. NS-Wehrwirtschaftsunternehmer. Und so weiter. Im Hintergrund das Monopolkapital und CDU-Minister. Wenn man nicht aufpaßt, wird hier für die Jugend die Geschichte neu geschrieben. Zuerst in Geschichten. **hhh**

X Ja, klar!

– So?

Richtig!

DIE WELT

Dienstag, 20. Mai 1980

Lesen macht Spaß

aus Ihrer

4300 Essen 1, Viehofer Platz 15
Karl-Liebknecht-Buchhandlung
Telefon (0201) 232014

collectiv-Buchhandlung

G. Hardel
Der letzte Ritter
Verlag Junge Welt, Berlin,
30 S., Glanzband, 7,45 DM
Best.-Nr.: 104/6832697
für Leser ab 9 Jahre

Einführung in Albrecht Dürers Kupferstiche für Kinder geschrieben.

Fritz Rudolf Fries
Verbannung und Sieg des Ritters Cid aus Bidvar
Kinderbuchverlag, Berlin,
112 S., Leinen, 12,40 DM
Lesealter ab 11 Jahre
Best.-Nr.: 56/6307809

Der Zauber Spaniens und seiner Poesie lebt in dieser Nachgestaltung das Cid-Epos. Die spröde Landschaft des Nordens und das karge Leben ihrer Bewohner heben sich seltsam von der üppigen Schönheit der maurischen Königreiche im Süden ab. Kämpfe und Abenteuer des Cid, die Geschichte seiner Vertreibung und Heimkehr lassen vor dem Leser eine unvergleichliche Zeit der Gegensätze und des historischen Umbruchs erstehen.

Bilderbuchkassette
4 Tierbilderbücher in einer bunten Kassette
Postreiter Verlag, Halle,
Hartpappe, 13,50 DM
Best.-Nr.: 89/1000001
ab 3 Jahre

Die vier Bilderbücher machen die Kinder mit Tieren und Pflanzen vertraut. Der Inhalt: Besuch in Feld und Flur, Besuch im Wald, Zootiere, Tiere Afrikas.

E. und B. Stephan
Tiere aus aller Welt
Kinderbuchverlag, Berlin,
176 Seiten, vierfarbige Ill.,
Glanzband, 19,70 DM
Best.-Nr.: 56/6299693

Mit diesem Buch bringen die Autoren Kindern ab 10 Jahren die exotische Tierwelt näher. Herkunft, Verbreitung, Umwelt und Lebensgewohnheiten werden beschrieben.

Olympia-Album '80
Verlag Neue Welt, Berlin,
etwa 100 Seiten, 14,90 DM

Mischka, der Bär, führt die jungen Leser durch die Moskauer Olympiade. Das Buch enthält den gesamten Veranstaltungsplan. Alle Sportarten und die tollen, neuen Sportplätze und Hallen werden vorgestellt. Darüber hinaus wird die Sportstadt Moskau beschrieben. Wer auf dem laufenden sein will bei dieser Olympiade, kann auf dieses Buch kaum verzichten.

Stumpf, H.-G./Rodewald, H.
Hokus – Pokus – Fidibus
Verlag für Lehrmittel,
Pößnick
32 S., Halbleinen, DM 5,10
Best.-Nr.: 402/3347119

Ev. Jugend weist Einmischung zurück

Im folgenden dokumentieren die Notizen eine Presseerklärung der Evangelischen Jugend, die in der Tagespresse nur kurze Erwähnung fand. In der Erklärung vom 25.4. 1980 weist die evangelische Jugend massive Einmischungsversuche der großen Parteien zurück.

Die Presseerklärung hat folgenden Wortlaut: „Jugend fragt — Politiker antworten" — so sollte das Motto einer Podiumsdiskussion lauten, die die Evangelische Jugend Ende dieses Monats für Jugendliche und junge Erwachsene veranstalten wollte. Die Ev. Jugend wollte damit den Bottroper Jugendlichen die Möglichkeiten bieten, die örtlichen Landtagskandidaten und die politischen Vorstellungen der Parteien kennenzulernen. Im Zentrum des Gespräches sollten die Fragen stehen, die Jugendlichen auf den Nägeln brennen: Jugendarbeitslosigkeit und Lehrstellenmangel, verbesserte Freizeitangebote (Jugendbildungsgesetz), Jugendpolizei usw. Das Kennenlernen der unterschiedlichen Standpunkte und Personen sollte besonders den Erstwählern, die bekanntlich in erschreckend hohem Maße von ihrem Wahlrecht keinen Gebrauch machen, konkrete Entscheidungs- und Wahlhilfen bieten.

Bereits Ende Januar hatte die Ev. Jugend die Parteien, deren Kandidatur damals schon feststand (CDU, SPD, FDP und DKP), eingeladen, sich an einem solchen Podiumsgespräch zu beteiligen. Während schon bald von der DKP und der FDP Zusagen eintrafen, lehnten SPD und CDU für den Fall ab, daß die DKP an der Diskussion teilnähme. Für die CDU teilte Kreisvorsitzender R. Trottenburg per Vordruck u. a. mit: „Es widerspricht unserem Staatsverständnis, mit erklärten Feinden unseres demokratischen Gemeinwesens (seien es Rechts- oder Linksradikale) in einem Podium zu diskutieren." Der Landtagskandidat erklärte, daß sich die demokratischen Parteien zwar mit der DKP im Rat der Stadt erfolgreich auseinandersetzten, es sei „darüber hinaus aber sicherlich falsch, der DKP mit einer Podiumsdiskussion einen Rahmen zu bieten, den sie mit eigenen Veranstaltungen nicht erreichen könnte".

Die Mitarbeiter der Ev. Jugend sind über diese Antworten enttäuscht. Sie sind der Meinung, daß Grundlage einer demokratischen Gesellschaft der offene und freie Meinungsaustausch zwischen legalen Gruppen sein sollte. Den politischen Gegner zu diskriminieren und zu ignorieren, muß letztlich zum Desinteresse und zur Entfremdung der Bürger vom politischen Geschehen führen.

Die Ev. Jugend lehnt den Versuch der großen Parteien, auf die Auswahl der Diskussionspartner Einfluß zu nehmen, ab. Sie sieht sich unter diesen Voraussetzungen nicht in der Lage, die geplante Podiumsveranstaltung durchzuführen. Da sie sich als kirchliche Jugend für die Beteiligung von jungen Menschen am demokratischen Willensbildungsprozeß mitverantwortlich fühlt, bedauert sie das Nichtzustandekommen eines Wahlforums mit allen Parteien sehr. Nach Meinung der Ev. Jugend haben die Parteien hier zu Lasten der Jugendlichen und letztlich zu ihren eigenen Lasten eine gute Chance verpaßt. — Soweit der Wortlaut der Presseerklärung.

Rollschuhrallye in Welheim

Ihren Elan und ihre Geschicklichkeit konnten etwa 50 Kinder aus Welheim bei der Rollschuhrallye der Jungen Pioniere Welheim beweisen. Es mußte auf der Straße Im Sundern eine Hindernisstrecke durch„rollt" werden. Zwei Pioniere versorgten die „Roller" mit selbstgebackenen Waffeln. Ein Beispiel, wie unsere Kinder spannend und spaßig ihre Freizeit verbringen können, ein Beispiel für kontinuierliche Kinderarbeit.

Pfingstcamp '80

Drei erlebnisreiche Tage verlebten zahlreiche Kinder und Jugendliche aus Bottrop auf dem Pfingstfestival '80 an den Ruhrwiesen bei Hattingen, das von der SDAJ und den Jungen Pionieren veranstaltet wurde.

Foto: Scholz

Kriegsdienstgegner werden aktiv

„Viele junge Männer, die den Dienst mit der Waffe verweigern, sind sich oft nicht der Tragweite bewußt, die diese Entscheidung für ihr weiteres Leben haben wird." Der anschließende Weg durch den Paragraphendschungel erfordere eine ernsthafte Vorbereitung auf die Gewissensprüfung. Darauf machte ein Rechtsanwalt die angehenden Kriegsdienstverweigerer aufmerksam, als er einer Einladung nach Bottrop folgte und über gesetzliche Grundlagen und deren Handhabung aus eigener Erfahrung an Hand von Verhandlungsbeispielen berichten konnte.

Die Einladung ging von einer Gruppe Bottroper Kriegsdienstgegner und (teilweise) Ersatzdienstleistenden aus, die angehenden Kriegsdienstverweigerern mit ihren Erfahrungen helfen wollen, möglichst als Kriegsdienstverweigerer anerkannt zu werden.

Neben dem ständigen Austausch von Erfahrungen trifft sich die Gruppe zu Filmen oder um „Scheinverhandlungen" durchzuspielen, und durchstöbert alle verfügbaren Materialien nach brauchbaren Informationen. Die Gruppe der Kriegsdienstverweigerer will nicht (und darf es auch rechtlich nicht) einen Rechtsbeistand ersetzen; ihr kommt es darauf an, das Einzelgängertum abzubauen und durch engagierte gemeinsame Arbeit möglichst vielen das Recht auf Kriegsdienstverweigerung zu verwirklichen.

Heine-Gymnasium

Schildbürgerstreich verhindert

Die städtische Bauverwaltung hat schon des öfteren durch skurrile Einfälle von sich reden gemacht. So ist der federführende Mann, der Herr Küppers, durch die farbigen Stahlträger am Boyer Bunker einer breiteren Öffentlichkeit bekannt geworden.

Diesmal stellten Küppers und sein Amt ein Modell für die zentrale Raumgruppe am Heinrich-Heine-Gymnasium vor: Ein prachtvolles Gebäude im Stile eines Amphitheaters aus den großen Zeiten des römischen Kaiserreichs, das sich vielleicht als passende Umgebung für König Ernst eignen würde – aber auf keinen Fall könnte es als Pausen- und Aufenthaltsraum für die Schüler genutzt werden.

Diesmal allerdings wurde ein Schildbürgerstreich à la Küppers verhindert: Der Schulausschuß lehnte das Modell ab.

Für die Schüler geht das Warten auf Aufenthaltsräume weiter.

Eine Bergehalde geht auf die Wanderschaft

Verwaltung täuscht Umweltausschuß

Die Bergehalde an der Zeche Haniel „wandert" nach Norden. Diese überraschende Neuigkeit erfuhren die Mitglieder des Stadtplanungs- und Umweltausschusses aus der Tageszeitung. Ein neues Kapitel bei der Mauschelei zwischen Verwaltung und Bergbau.

Die Vorgeschichte: Mehrfach ließ sich der Ausschuß über die Haldenplanungen durch Vertreter des Bergbaues informieren und sachkundig machen. „Bis zum Jahr 2000" seien nun alle Pläne offengelegt, sagten die Herren. Von einer Erweiterung der Zeche Haniel war nie die Rede.

Ausdrücklich hatte Hermann Bode, der Vertreter der DKP-Fraktion, die Verwaltung gefragt, ob Pläne in diesem Bereich vorliegen, die zur Abholzung des Vöingholzes führen könnten. Stadtdirektor Wallmann verneinte.

Inzwischen erfuhr die DKP-Ratsfraktion, daß „ein nördlich gelegenes Gehöft" — wahrscheinlich Gut Fernewald — zugeschüttet werden soll. Bis zum Erholungsgebiet Grafenmühle soll dann das Mammutgebilde von Bergehalde reichen.

Wenn der Slogan „Bottrop, Stadt im Grünen" weiter gelten soll, wird man dann wohl die Halde grün anstreichen müssen. Spaß beiseite! Es ist ein Skandal, daß der zuständige parlamentarische Ausschuß auf so rüde Art von Verwaltung und Bergbauvertretern getäuscht worden ist. Offenbar wollen die Kohlekonzerne vor der geplanten gesetzlichen Regelung im Landtag vollendete Tatsachen schaffen.

Man muß kein Prophet sein, um zu vermuten, daß SPD und CDU im Rat „zähneknirschend" den „Sachzwängen" folgend zu diesem Manöver ja und amen sagen werden, wenn die Bürger solche Fehlplanungen nicht durch Proteste vereiteln. Der Unterstützung der DKP können die Bürger auch hier sicher sein.

In Oberhausen regt sich übrigens zur Zeit größerer Protest gegen eine direkt neben dem Schloß Oberhausen geplante Halde.

Zynisch erklärten RAG-Vertreter gegenüber der lokalen Presse, daß zwar ein großes Waldgebiet in Grafenwald verschwinden wird, dafür wolle man aber eine Halde in Oberhausen als Ersatz nach und nach begrünen.

In der Rippelbeckstraße haben die Mieter langsam die Nase voll: Auch nach mehrmaliger Aufforderung reagierte der Vermieter — die VEBA AG — nicht auf die Beschwerden der Anwohner. Hier bei Hermann Steimann, Rippelbeckstraße 11b, ist das Abflußrohr der Dachrinne seit langem defekt, bei den Nachbarn sind die Fenster morsch, das Haus gegenüber hat ein riesiges Loch im Dach.

Wann gedenkt die Wohnungsverwaltung von VEBA hier endlich Abhilfe zu schaffen?

Ehemalige KZ-Häftlinge wie Clemens Kralenhorst und Fritz Szeglat und weitere Mitglieder der VVN / Bund der Antifaschisten brachten diese Ehrentafel im Rathaus an. Anlaß war der 35. Jahrestag der Niederschlagung des Faschismus.

Die Stadt Bottrop hat immer noch kein Denkmal für die Bottroper Widerstandskämpfer errichtet. Kommunisten, Sozialdemokraten, Parteilose, Christen kämpften damals auch in Bottrop gegen die Nazis, sie wollten ein Ende des Terrors, eine Entwicklung Deutschlands zu sozialem und demokratischem Fortschritt. Viele bezahlten das mit ihrem Leben, die meisten Opfer stammten aus den Reihen der Kommunisten.

Der Protest der Antifaschisten am 8. Mai gegen die Mißachtung des Widerstandskampfes durch die Stadt fand sogar Beachtung in den Lokalzeitungen. Beschämend war das Verhalten der Stadt: Bereits am nächsten Tag war die Ehrentafel auf Geheiß der Verwaltungsspitze entfernt worden.

Ausländerbeirat hatte Fehlstart

Anfang Mai konstituierte sich unter Führung von SPD und CDU der Ausländerbeirat. Der Name verspricht viel. Die Realität beweist schon jetzt, daß die Ausländervertreter im Beirat nichts zu sagen haben und sich SPD und CDU unterwerfen sollen.

Den Vorsitz übernahm SPD-Ratsherr Helbig, Stellvertreter wurde CDU-Vogler. Der Leser denkt nun sicherlich, na ja, wenn diese Posten an die Ratsherren fallen, haben die Ausländer wenigstens die Mehrheit? — Doch weit gefehlt. Fünf Ratsherren von CDU und SPD (die DKP hatte man ausgeschlossen) stehen fünf Ausländern gegenüber.

Darüber hinaus fehlt dem Beirat jeglicher Einfluß. So war es denn auch kein Wunder, daß bei der ersten Sitzung Probleme der Ausländer in Bottrop nicht zur Sprache kamen, weder die miserable Schulsituation für Ausländerkinder, noch die Wühlarbeit faschistischer Organisationen oder die Praktiken von Subunternehmen.

Es gäbe also viel zu tun. Packen sie es an?

Schule auf Warteliste

Wieder ging die Albrecht-Dürer-Schule leer aus. Obwohl ein großer Fehlbedarf an Klassen besteht, wird sie durch einen Beschluß des Schulausschusses auch im kommenden Schuljahr keine Fertigklassen bekommen. Nur die DKP-Vertreter setzten sich für weitere Fertigklassen auch an der Albrecht-Dürer-Schule ein, konnten sich jedoch gegen SPD- und CDU-Übermacht nicht durchsetzen.

AGSB eröffnet Jugendräume

Die Arbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte eröffnete am 22. Mai Jugendräume an der Batenbrockstraße. Vertreter der AGSB betonten die Notwendigkeit ihres Engagements im sozialen Brennpunkt und die Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen durch die neuen Räume. Hergerichtet wurden die Räume durch Mitarbeiter der AGSB und interessierte Jugendliche.

Merkwürdiger Prinz...

Ein Prinz besonderer Qualität versucht in Bottrop nach bekannter Methode seine Schatulle zu füllen. Der ehemalige Karnevalsprinz Franz Schmitz aus Bottrop hat die Bewohner im Mietshaus seiner Mutter mal so richtig wissen lassen, wer da was zu sagen hat. Einige Mieter fanden das gar nicht lustig. Sie verweigerten ihre Unterschrift zu den unverschämt hohen Mietforderungen. Prompt wurden sie verklagt.

Der Exprinz verlor in Bausch und Bogen. Jetzt überlegen die Mieter, die nicht vor Gericht gingen und die überhöhte Miete zahlen, wie auch in ihrem Fall die Starallüren des Herrn Schmitz zu stoppen sind.

Haben Sie Ärger mit dem Vermieter? — Schwierigkeiten mit dem Arbeitgeber? — Wissen Sie nicht, wer Sie unterstützt? — Dann waren Sie noch nicht bei der DKP. **Sprechstunde der DKP-Fraktion: Dienstags von 17—19 Uhr. Gladbecker Str. 83, DKP-Zentrum, Tel. 2 71 57.**

Kurheim bleibt

Nachdem die „Notizen" über die Pläne berichtet hatte, das Kinderkurheim Waldbreitbach aus „Kostengründen" zu schließen, eigneten sich auch die SPD-Vertreter den Standpunkt der DKP an: Das Kinderkurheim Waldbreitbach muß für die Bottroper Schulkinder erhalten bleiben!

In diesem Sinne wurde auch entschieden.